



Tibeter stützen Dalai Lama – Exilregierung unterstreicht Dialogbereitschaft

Über 500 Tibeterinnen und Tibeter haben sich vom 15. – 22. November zur vom Dalai Lama einberufenen Sonderversammlung in Dharamsala [Indien] getroffen. Sie endete mit einem starken Plädoyer für die Politik des „Mittleren Wegs“ des Dalai Lama, die mit friedlichen Mitteln eine echte Autonomie für die Tibeter innerhalb des chinesischen Staatsverbandes erreichen will. In der Abschlusserklärung enthalten ist ferner ein eindeutiges Bekenntnis der Tibeter zur Gewaltfreiheit.

Trotz dieser klaren Zustimmung für die Politik des Dalai Lama machten viele Teilnehmer jedoch deutlich, dass sie Forderungen nach einer Unabhängigkeit Tibets unterstützen würden, wenn der „Mittlere Weg“ „in der nahen Zukunft“ nicht zu sichtbaren Resultaten führt. Die Ergebnisse der Sonderversammlung haben keinen bindenden Charakter, dürften aber aufgrund der zugespitzten Situation in Tibet und der bisher ergebnislosen Gespräche zwischen Vertretern des Dalai Lama und der chinesischen Staatsführung besonderes Gewicht erhalten.

In einer Erklärung vom 18. Dezember 2008 hat die tibetische Exilregierung unterdessen ihre Gesprächsbereitschaft mit der chinesischen Seite erneuert. „Wir wiederholen: Unser Bekenntnis zum Dialogprozess ist aufrichtig und es ist uns ernst, dass eine Lösung der Tibetfrage zum Wohle des tibetischen und des chinesischen Volkes nur innerhalb des Verfassungsrahmens der Volksrepublik China herbeigeführt werden kann. Daher sind wir bereit für Gespräche mit der Volksrepublik China, zu jeder Zeit an jedem Ort, wenn die Behörden der Volksrepublik China dies wünschen,“ heißt es in der Erklärung. Die Exilregierung kritisierte darüber hinaus die anhaltenden Vorwürfe der Zentralregierung in Peking, der Dalai Lama verfolge das Ziel der Unabhängigkeit Tibets und rief dazu auf, sich offen mit dem von der tibetischen Seite bei der letzten Dialogrunde vorgelegten „Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk“ auseinanderzusetzen.

Die Exilregierung begrüßte ferner Äußerungen von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, der am 12. Dezember 2008 die chinesischen Behörden dazu aufgerufen hatte, weiterhin den Dialog zu suchen, damit „alle Fragen in Bezug auf Tibet reibungslos und harmo-

nisch gelöst“ würden. Zuvor hatte das britische Außenministerium darauf hingewiesen, dass Vorschläge der tibetischen Seite als „Grundlage für substantielle Diskussionen“ bei unverzüglich wiederaufzunehmenden Dialogbemühungen dienen sollten.

Weiterführende Links:

- Das „Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk“ kann im Volltext unter <http://www.tibetoffice.ch/web/mwa/memorandum/> eingesehen werden. Eine deutschsprachige Version kann im pdf-Format unter <http://www.tibetoffice.ch/web/mwa/memorandum/german.pdf> heruntergeladen werden.
- Die Abschlusserklärung des „Special Meeting“ vom 22. November 2008 kann hier eingesehen werden: <http://tibet.net/en/index.php?id=595&articletype=flash&rmenuid=morenews>.
- Die Erklärung der tibetischen Exilregierung vom 18. Dezember 2008 kann hier eingesehen werden: <http://tibet.net/en/index.php?id=642&articletype=flash&rmenuid=morenews>.
- Das Statement von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon [„UN chief urges China to continue Tibet dialogue“, afp vom 12.12.2008]: <http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5iQ4QugmFI4z28uTkQFWF6HkJU9Hw>.
- Ein Statement von Bill Rammell, Staatsminister im britischen Außenministerium, in der „Times of India“ kann hier eingesehen werden [„British Share Tibet's frustration“, Times of India, 25.11.2008]: http://timesofindia.indiatimes.com/World/UK/British_share_Tibets_frustration/rssarticleshow/3753990.cms. ■



Hartes Vorgehen: Festnahmen und lange Haftstrafen in Tibet

Mitarbeiter von Hilfsorganisation zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt

Ein tibetischer Mitarbeiter einer internationalen Nichtregierungsorganisation ist wegen angeblicher Weitergabe von Informationen über die Situation in Tibet zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden, berichten die „Lhasa Evening News“ vom 8. November 2008. Demzufolge ist der 41-jährige Tibeter Wangdu vom „Mittleren Volksgericht“ in Lhasa der „Spionage“ schuldig befunden worden, weil er ein „Nachrichten-Netzwerk im Untergrund“ errichtet haben soll. Wangdu ist Berichten zufolge am 14. März 2008 festgenommen worden und war bis dato für das australische Burnet-Institut tätig, das mit finanzieller Förderung der australischen Regierung AIDS-Prävention in der tibetischen Hauptstadt Lhasa betreibt. Zusammen mit Wangdu sind drei weitere Tibeter auf Grundlage der Artikel 110 und 111 des chinesischen Strafgesetzbuches [„Spionage“, „Illegale Weitergabe von Informationen ans Ausland“] zu Haftstrafen von 15 und jeweils 10 Jahren verurteilt worden. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten Informationen an die „Dalai Clique“ weitergegeben. Wangdu hatte seit 1989 bereits acht Jahre in Haft verbüßt, unter anderem weil er eine Petition unterzeichnet hatte, die das sogenannte 17-Punkte-Abkommen zwischen Tibetern und Chinesen von 1951 als „unter Zwang“ zustande gekommen bezeichnete.

Die Höhe der Urteile ist aus Sicht von Beobachtern bisher beispiellos und scheint für einen härteren Kurs der chinesischen Behörden, auch gegenüber Nichtregierungsorganisationen zu stehen, die auf dem tibetischen Hochplateau tätig sind. Bemerkenswert ist ferner die öffentliche Berichterstattung in der „Lhasa Evening News“, in der explizit die Sichtweise der chinesischen Behörden vertreten wird, bei den Protesten in Tibet, die im März 2008 begonnen hatten, handele es sich um von außen koordinierte Aktionen. Die International Campaign for Tibet hat seit März 2008 mehr als 125 Protestvorfälle auf dem gesamten tibetischen Hochland dokumentiert, die in großer Mehrheit friedlich und überdies spontan auch in entlegenen Gebieten Tibets stattgefunden haben. Die tibetische Exilregierung und der Dalai Lama haben ferner mehrmals zu einer öffentlichen Untersuchung der Vorgänge auch an ihrem Sitz im indischen Dharamsala eingeladen, um den Vorwurf zu entkräften, die Exilregierung habe die Proteste als Drahtzieher organisiert. ■

Mehr unter: „NGO-worker sentenced to life sentence“

[ICT, 22.12.2008], <http://www.savetibet.org/media-center/ict-news-reports/ngo-worker-sentenced-life-imprisonment-harsh-sentences-signal-harder-line-blocking-news-ti>.

81-jähriger Tibeter zu sieben Jahren Haft verurteilt, weil er „verbotenes Material“ gedruckt hat

Der 81-jährige Tibeter Paljor Norbu ist einem Bericht der Organisation Human Rights Watch zufolge im November 2008 zu einer Haftstrafe von sieben Jahren verurteilt worden, weil er „verbotenes Material“, darunter die tibetische Nationalflagge gedruckt haben soll. Norbu war am 31. Oktober 2008 in seinem Haus in Lhasa festgenommen und anschließend in einem Geheimverfahren der „Anstachelung zum Separatismus“ [Artikel 103 des chinesischen Strafgesetzbuches] für schuldig befunden worden. Seine Familie, die seit mehreren Generationen traditionelle buddhistische Texte druckt und herstellt, war weder über Festnahme, noch über die Anklage informiert und lediglich über das Urteil unterrichtet worden. Der Aufenthaltsort des 81-jährigen ist derzeit nicht bekannt. Die Behörden haben ferner Werkstatt und Geschäft Norbus geschlossen und eine Reihe von Büchern sowie Druckmaterial konfisziert. ■

Mehr unter: „China: Free Prominent Tibetan Cultural Figure“ [HRW vom 5.12.2008], <http://www.hrw.org/en/news/2008/12/05/china-free-prominent-tibetan-cultural-figure>.

59 Tibeter wegen „Verbreiten reaktionärer Gerüchte“ in Haft

Die britische BBC berichtet am 25. Dezember 2008 mit Verweis auf einen entsprechenden Bericht in der staatlichen Nachrichtenagentur „China News Service“ von 59 Tibetern, die wegen der „Verbreitung von Gerüchten“ und der Anstachelung zu Rassenhass und Gewalt in Lhasa festgenommen worden seien. Dabei hätten die örtlichen Sicherheitskräfte systematisch Marktstände und Geschäfte durchsucht, die in Verdacht standen, „reaktionäre Lieder“ aus dem Internet heruntergeladen und diese als CDs oder MP-3 angeboten oder verkauft zu haben. Der stellvertretende Polizeichef von Lhasa, Xin Yuanming, sprach von 48 Fällen von „Gerüchteverbreiten“ seit März 2008 und damit zusammenhängenden 59 Festnahmen. ■

Mehr unter: „Dozens held over Tibet rumours“ [BBC vom 25.12.2008], <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/7799552.stm>.



„Tag der Befreiung der tibetischen Leibeigenen“ – Zwangsansiedlungen – „Ethnische Einheit“

Behörden wollen „Tag der Befreiung der tibetischen Leibeigenen“ einführen

Einem Bericht der staatlichen Xinhua vom 11.1.2009 zufolge wollen die Behörden 50 Jahre nach der Niederschlagung des tibetischen Volksaufstandes von 1959 einen „Tag der Befreiung der tibetischen Leibeigenen“ einführen. Damit sollen „alle Chinesen, einschließlich Tibeter, an den Meilenstein demokratischer Reformen“ erinnert werden, die „vor fünfzig Jahren eingeleitet“ worden seien, äußerte sich Pang Boyong, stellvertretender Generalsekretär des ständigen Ausschusses des tibetischen regionalen Volkskongresses gegenüber Xinhua. Menschenrechtsgruppen und Exilorganisationen der Tibeter haben die geplante Einführung des Gedanktages scharf kritisiert, weil er in Tibet als Provokation empfunden werde und damit in keiner Weise zu einer Entspannung der Situation in Tibet beitragen könne. Im März 1959 sind infolge des Volksaufstandes in Tibet mehrere zehntausende Tibeter ums Leben gekommen oder inhaftiert worden. Der Dalai Lama musste das Land verlassen und lebt seither im indischen Exil. ■

Mehr unter: „China to mark defeat of Tibet uprising“ [AP vom 11.01.2009], http://www.google.com/hostednews/ap/article/ALeqM5iAMqM2_Dwudz52KLQeY2ZKFQq9-gD95KNPV00.

Mehr als 300.000 tibetische Nomaden in 2008 angesiedelt

Die chinesischen Behörden in Tibet haben im abgelaufenen Jahr 2008, einer Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua vom 26. Dezember 2008 zufolge, 312.000 tibetische Bauern und Nomaden aus 57.800 Familien „umgesiedelt“. Dabei seien die betroffenen Tibeter von „Baracken“ in „neue, solide Steinhäuser“ umquartiert worden. Die Maßnahmen waren Teil des 2006 angelaufenen Regierungsprogramms, in dessen Rahmen insgesamt 860.000 Bauern und Nomaden aus 170.000 Familien umgesiedelt werden sollen. Mit Abschluss des Programmes im Jahre 2010 werden damit rund 80% aller Bauern und Nomaden in der Region umgesiedelt sein. ICT und andere Menschenrechtsgruppen haben die zwangsweise Ansiedlung von tibetischen Nomaden und Bauern als massiven Eingriff in die wirtschaftliche und soziale Selbstbestimmung der Tibeter kritisiert. Bereits angesiedelte Nomaden und Bauern können sich aufgrund mangelnder Bildung nur schlecht in städtische oder sesshafte Wirtschaftsweisen integrieren, was unter den betroffenen Bauern und Nomaden zu Armut und

Perspektivlosigkeit führt. Die Organisation Human Rights Watch hat in einem Bericht aus dem Juni 2007 bemängelt, dass die betroffenen Bauern und Nomaden überdies in Behausungen schlechter Qualität untergebracht werden. Viele Tibeter finden keine Arbeit oder sind allenfalls für minder qualifizierte Tätigkeiten geeignet. ICT kritisiert insbesondere, dass durch die zwangsweise Ansiedlung von Nomaden eine über Jahrhunderte entwickelte nachhaltige Wirtschaftsweise unwiederbringlich zerstört werde, die gerade für das von Klimawandel und massiven Eingriffen durch große Infrastrukturprojekte bedrohte empfindliche Ökosystem Tibets besonders wertvoll ist. ■

Mehr unter: „China relocates over 300,000 Tibetans in 2008: Report“ [Phayul vom 27.12.2008], <http://www.phayul.com/news/article.aspx?article=China+relocates+over+300%2C000+Tibetans+in+2008%3A+Report&id=23524>.

Schulkinder in China sollen Unterricht in „ethnischer Einheit“ erhalten

Das chinesische Erziehungsministerium hat am 16. Dezember 2008 bekannt gegeben, dass chinesische Schulkinder beginnend in der Grundschule Unterricht in „ethnischer Einheit“ erhalten sollen. Der Unterricht soll in allen Schulen und damit auch auf weiterführenden Schulen erteilt werden. Ältere Schulkinder, so heißt es in einer Zusammenfassung auf der offiziellen Internetseite des Erziehungsministeriums, sollen damit befähigt werden, „die Überlegenheit der Regierung und der ethnischen Politik der Kommunistischen Partei zu erkennen.“ Grundschulkindern soll hingegen „ein grundlegendes Bewusstsein für die Lebensnotwendigkeit der Förderung von ethnischer Einheit, der Wahrung von nationaler Einheit und von Widerstand gegenüber ethnischen Separatismus“ erlangen. In China leben 56 offiziell anerkannte ethnische Gruppen, wobei die Gruppe der Han-Chinesen etwa 90% der Gesamtbevölkerung ausmacht. ■

HINWEIS

Neue chinesischsprachige Internetseite online: www.liaowangxizang.net.

Mit einer neuen Internetseite will ICT besonders Chinesinnen und Chinesen in aller Welt ansprechen und über die Positionen der Tibeter informieren. Das Angebot kann unter der Internetseite www.liaowangxizang.net („Tibet-Observer“) eingesehen werden. ■



Internationale Politik – China und die EU

ICT fordert EU-Abgesandten für Tibet

Die EU muss konkrete Schritte unternehmen, um zu einer Lösung der Tibetfrage beizutragen, forderte die International Campaign for Tibet aus Anlass des Besuchs des Dalai Lama im Europaparlament und seines Treffens mit Frankreichs Staatspräsident Sarkozy. „Die EU muss anerkennen, dass internationale Appelle an die chinesische Staatsführung nicht ausreichen“, äußerte sich Kai Müller, Geschäftsführer der International Campaign for Tibet Deutschland. Die EU sollte daher schnellstmöglich einen Abgesandten bestimmen, der beide Seiten, die chinesische wie die tibetische, bei der Lösung von konkreten Problemfeldern unterstützt, so ICT. „Damit würde Europa mit einer Stimme sprechen und auf konstruktive Weise zur Lösung der Tibetfrage beitragen, die sich überdies in einer äußerst kritischen Phase befindet.“

ICT verwies auf eine Stellungnahme des britischen Außenministeriums vom 29. Oktober, mit der London unter anderem erklärt hatte, dass keine Regierung, die für die Wahrung der Menschenrechte weltweit eintrete, in Bezug auf die Tibetfrage „schweigen oder Desinteresse zeigen“ könne. „Der Dalai Lama genießt in Europa und insbesondere auch in Deutschland eine hohe Wertschätzung und konkrete Maßnahmen der EU würden auf große Zustimmung treffen“, so Müller weiter. Insbesondere die Verschiebung des EU-China-Gipfels unterstreiche nochmals die Bedeutung der Tibetfrage. Unter anderem EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso hatte die Verschiebung des Gipfels durch die chinesische Seite kritisiert und insbesondere das Treffen zwischen Frankreichs Präsident Sarkozy und dem Dalai Lama am 6. Dezember in Danzig verteidigt.

Ein Abgesandter der EU könnte die Haltung der EU gegenüber der chinesischen Führung und dem Dalai Lama deutlich machen, deren Positionen zur Kenntnis nehmen und bei der Identifizierung von konkreten Problemfeldern helfen und relevanten Gremien der EU Empfehlungen vorlegen, so ICT. Die EU könne auch auf eine große Erfahrung in Fragen von Konflikt- und Krisenbewältigung zurückgreifen und damit effektiv zur Lösung der Tibetfrage beitragen. ■

Mehr unter <http://www.savetibet.de/schlagzeilen-presse/pressemitteilungen0/pressemitteilungen2008/03-12-2008/>

China-Experte: koordinierte Strategie kann helfen, um Tibet-Frage zu lösen

In einem Beitrag für die Reihe „YaleGlobal“ über Unterschiede in der Außenpolitik Chinas und des Westens geht Michael C. Davis von der Universität Hongkong Spannungen zwischen China und dem Westen im Rahmen der Tibetfrage nach, die zur Verschiebung des EU-China-Gipfels im November 2008 geführt haben. Davis stellt fest, dass die Proteste im März 2008 die Führung in Peking zu neuer Gesprächsbereitschaft gegenüber dem Dalai Lama gebracht haben, an deren Stelle mittlerweile jedoch wieder die bekannte Unempfindlichkeit gegenüber den Forderungen der Tibeter sowie die Aggressivität Pekings all jenen gegenüber getreten sei, die den Dalai Lama empfangen. Davis rät bei Besuchen des Dalai zu einem koordinierten Auftreten von Staats- und Regierungschefs, um damit Versuchen entgegenzutreten, den Dalai Lama zu isolieren. Begleitet werden müssten diese Anstrengungen von konstruktiven Maßnahmen, um China zu verdeutlichen, welche internationalen Verpflichtungen es im Rahmen seiner indigenen Minderheiten im eigenen Land beachten müsste. Ein aggressives Verhalten Chinas, etwa der Boykott von europäischen Gütern, würde hingegen die bestehenden Spannungen zwischen China und dem Westen nur prononziieren. ■

Mehr unter <http://www.savetibet.org/media-center/tibet-news/a-coordinated-international-response-might-soften-chinese-intransigence-over-tibet>.
Siehe auch: Michael C. Davis, „Establishing a Workable Autonomy in Tibet“, Human Rights Quarterly, Vol 30, 227-58, May 2008, http://www.press.jhu.edu/journals/human_rights_quarterly/30.2Tibet.pdf.

TIBET BRIEFING

Informationsblätter der International Campaign for Tibet Deutschland e.V. [ICT]
14. Januar 2009. International Campaign for Tibet Deutschland;
Schönhauser Allee 163, 10435 Berlin.
Redaktion: Kai Müller [V.i.S.d.P.], Chompel Balok. ©
ICT. Gestaltung: Hiltrud Thöne.